

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands

Datenschutzordnung

*Umgang mit
personenbezogenen Daten
in der KAB*



Inhalt

1. Grundsätzliches	3
1.1 Gesetzliche Grundlage	3
1.2 Gesetzliche Grundlage im kirchlichen Bereich	3
1.3 Geltungsbereich dieser Datenschutzordnung	3
1.4 Begriffsbestimmungen	3
1.5 Datenschutzgrundsätze	5
1.6 Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten	6
2. Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten	6
2.1 Datenspeicherung	6
2.2 Daten von Mitgliedern	7
2.3 Daten im Rahmen des Rechtsschutzes	7
2.4 Daten von Dritten	8
2.5 Daten von Funktionsträgern und Beschäftigten	8
3. Zwecke der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlagen	8
4. Nutzung der personenbezogenen der Daten	9
5. Verarbeitung von personenbezogenen Daten in Gliederungen	10
5.1 Grundsätze der Arbeit mit personenbezogenen Daten	10
5.2 Diözesanverbände	10
5.3 Basisgruppen	10
6. Dauer der Datenspeicherung	10
7. Weitere Datenschutzrechte	11
8. Verantwortliche Stelle und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	11

Hinweis zur Geschlechterneutralität:

Alle im Dokument verwendeten Rollen- und Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen und sind gleichermaßen für alle Geschlechtsoptionen anzuwenden. Ausschließlich zum Zwecke der besseren Lesbarkeit wird auf die geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet.

1. Grundsätzliches

1.1 Gesetzliche Grundlage

In der KAB werden personenbezogene Daten sowohl in automatisierten Datenverarbeitungsanlagen als auch in manuellen Dokumentationen erhoben, verarbeitet und genutzt. Die KAB unterliegt damit den Anforderungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) als auch der geltenden EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

1.2 Gesetzliche Grundlage im kirchlichen Bereich

Unterliegen Gliederungen und Einrichtungen der KAB Deutschlands e.V. den rechtlichen Vorgaben des Verbandes der Diözesen Deutschlands und der Deutschen Bischofskonferenz, so erfolgt die Anwendung der gesetzlichen Datenschutzregelung durch das „Gesetz über den kirchlichen Datenschutz (KDG)“ vom 23. April 2018 in der jeweilig gültigen Fassung sowie den jeweiligen diözesanen Durchführungsverordnungen zum KDG. Die Mitgliederverwaltung der KAB Deutschlands ist hiervon in allen Fällen ausgeschlossen.

1.3 Geltungsbereich dieser Datenschutzordnung

Der Schutz personenbezogener Daten ist ein wichtiges Anliegen des KAB Deutschlands e.V., deshalb verarbeiten wir die personenbezogenen Daten unserer Mitglieder, Mitarbeiter, Kooperationspartner, verbandliche Kontakte sowie Geschäftspartner in Übereinstimmung mit den anwendbaren Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten.

Diese Datenschutz-Ordnung gilt für alle Gliederungen des KAB Deutschlands e.V.:

- Bundesebene
- Diözesanebene
- Untergliederungen der Diözesanebene (z.B. Kreis-/Bezirksebene)
- Basisgruppen

Diese Datenschutz-Ordnung ist eine Vorgabe für den gesetzeskonformen Umgang mit personenbezogenen Daten. Sie enthält Grundsätze zur Verarbeitung personenbezogener Daten. Sie gilt für alle Mitglieder und Beschäftigten einschließlich externer Personen (z. B. Mitarbeiter von Gliederungen) und erstreckt sich auf sämtliche Verarbeitungen von personenbezogenen Daten.

1.4 Begriffsbestimmungen

Besondere Kategorien personenbezogener Daten,

sind Daten über die nationale oder ethnische Herkunft, politische Meinung, religiöse oder philosophische Überzeugung, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder das Sexualleben des Betroffenen. Diese werden als besonders schutzwürdig eingestuft und dürfen nur unter besonderen Voraussetzungen verarbeitet werden.

Betroffener,

ist jede natürliche Person, dessen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Datenschutzvorfälle,

sind alle Ereignisse, bei denen ein Verdacht besteht, dass personenbezogene Daten rechtswidrig ausgespäht, erhoben, verändert, kopiert, übermittelt oder genutzt wurden. Dies kann sich auf Handlungen durch Dritte sowie auf Mitarbeiter beziehen.

Dritter,

ist jede natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, außer der betroffenen Person, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

Drittland,

sind alle Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums.

Empfänger,

ist jede natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht.

Personenbezogene Daten,

sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

Verarbeitung,

ist jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführter Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

Verantwortlicher,

ist die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

1.5 Datenschutzgrundsätze

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten gelten folgende Datenschutzgrundsätze:

Rechtmäßigkeit

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bedarf immer einer entsprechenden Rechtsgrundlage. Die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen müssen in jedem Fall gewahrt werden. Innerhalb der europäischen Union und des europäischen Wirtschaftsraums sind dabei speziell die Grundlagen des Artikels 6 DS-GVO sowie bei der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten die Vorgaben des Artikels 9 DS-GVO zu beachten.

Transparenz

Der Betroffene muss jederzeit über die Verarbeitung seiner persönlichen Daten informiert werden können. Diese Information muss leicht zugänglich, verständlich, sowie in klarer und einfacher Sprache abgefasst sein. Dabei müssen dem Betroffenen speziell Name und Kontaktadresse des Verantwortlichen, Zweck und Verwendung der Daten, mögliche weitere Empfänger der Daten und seine Rechte im Zusammenhang mit der Verwendung der Daten zur Verfügung gestellt werden.

Zweckbindung

Personenbezogene Daten können nur für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesem Zweck nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden.

Datenminimierung und Speicherbegrenzung

Bevor eine Verarbeitung oder Erhebung von personenbezogenen Daten stattfindet, muss geprüft werden ob und in welchem Umfang diese gebraucht werden, um das mit der Verarbeitung angestrebte Ziel zu erreichen. Personenbezogene Daten dürfen nicht länger gespeichert werden als sie gebraucht werden, es sei denn, dies ist durch ein Gesetz vorgeschrieben oder erlaubt.

Richtigkeit

Personenbezogene Daten müssen richtig, vollständig und auf dem aktuellsten Stand gespeichert sein. Es sind angemessene Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass falsche, unvollständige oder veraltete berichtigt, aktualisiert oder gelöscht werden.

Integrität und Vertraulichkeit

Personenbezogene Daten sind stets vertraulich zu behandeln. Es sind technisch-organisatorische Maßnahmen zu treffen, um unberechtigten Zutritt, Zugriff, unrechtmäßige Verarbeitung oder Weitergabe, Verlust, Veränderung oder Zerstörung zu verhindern.

Rechenschaftspflicht

Die Einhaltung dieser Datenschutzgrundsätze muss durch den Verantwortlichen jederzeit nachgewiesen werden können.

1.6 Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten, darf nur im Rahmen des rechtlich Zulässigen erfolgen. Der Datenschutzgrundsatz der Rechtmäßigkeit leitet sich dabei speziell aus Artikel 6 DS-GVO ab. Grundsätzlich dürfen nur solche Informationen verarbeitet und genutzt werden, die zur verbandlichen Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

- Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben;
- die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen;
- die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt;
- die Verarbeitung ist erforderlich, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen;
- die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. Werden besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet, so sind die entsprechenden Erlaubnistatbestände dem Artikel 9 DS-GVO zu entnehmen.

2. Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten

2.1 Datenspeicherung

Die personenbezogenen Daten werden in der Mitgliederverwaltungssoftware VEWA der Firma Grün AG, Aachen, auf den Servern der Firma Grün AG gespeichert. Mit der Firma Grün besteht ein Vertrag zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DS-GVO. Darüber hinaus werden Daten in eigenen Datenbanken oder in Papierform gespeichert.

Die KAB Deutschlands gewährleistet zusammen mit den KAB-Diözesanverbänden und den weiteren Ebenen des Verbandes die DS-GVO konforme Datenerhebung und Datenspeicherung. Die Datenspeicherung in der Mitgliederverwaltungssoftware erfolgt durch die Bundesebene und die KAB-Diözesanverbände.

Für den Rechtsschutz werden eigene Datenbanken und Akten von den dafür bestellten Rechtssekretären und Erstberatern geführt.

2.2 Daten von Mitgliedern

Nach §3 Absatz 3 der Satzung des KAB Deutschlands e.V. sind Mitglieder der KAB auch Mitglieder einer Basisgruppe und Mitglieder in dem KAB-Diözesanverband, in dem sie ihren Wohnsitz haben (gestufte Mehrfachmitgliedschaft), sowie in dessen Untergliederungen und Einrichtungen, die durch die jeweilige Diözesansatzung festgelegt sind.

Im Rahmen der Mitgliedschaft in der KAB werden folgende personenbezogene Daten erfasst und verarbeitet:

- Kontaktdaten (Name, Titel, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschriften, E-Mail-Adressen, Telefonnummern, Beziehungen zu Ehe- und Lebenspartnern),
- Funktionen,
- Vertragsdaten,
- Beruf,
- Information zum Beschäftigungsstatus,
- Informationen zu Sozialversicherungen,
- Nutzungsdaten (Datum und Art der Nutzung),
- Bankdaten,
- Rechnungsdaten/Belege,
- Daten zur Nutzung verbandlicher Einrichtungen, Veranstaltungen und Angebote.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt durch:

- Abgabe des ausgefüllten Mitgliedsantrags oder eines Onlineantrags, in dem die Person die Mitgliedschaft in der KAB beantragt. Dem einzelnen Mitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer und ggf. eine Familiennummer (Identifikationsnummer für Paare) zugeordnet;
- Automatisch bei der Nutzung von Onlineangeboten des Verbandes;
- bei der Teilnahme an oder Mitwirkung bei Aktionen und Angeboten des Verbandes.

Darüberhinausgehende persönliche Daten, die im Verlauf der Mitgliedschaft erhoben werden, sind freiwillig.

Die Mitglieder werden nach Art. 13 DS-GVO informiert. Diese Information kann bereits mit der Datenerfassung beim Eintritt erfolgen.

2.3 Daten im Rahmen des Rechtsschutzes

Für die Gewährung des verbandlichen Rechtsschutzes werden zusätzliche personenbezogene Daten erhoben. Es handelt sich dabei um Daten zu persönlichen Umständen, zu Arbeitsverhältnissen, zu Gesundheitsfragen, zu Rechtsverfahren und weiter notwendigen Daten zur Bearbeitung des jeweiligen Rechtsfalles. Darüber hinaus wird die Tatsache, dass ein Rechtsfall bearbeitet wurde, ohne Angabe von Sachinformationen zum Fall in der Mitgliederverwaltungssoftware dokumentiert.

2.4 Daten von Dritten

Im Rahmen des verbandlichen Handelns werden personenbezogene Daten von Dritten (Kooperationspartnern, Adressaten von verbandlichen Aktionen, Teilnehmern, Lieferanten, Gästen, Interessierten) zur Erfüllung des Vereinszwecks erhoben und gespeichert. Die Daten sind auf notwendige Kontaktdaten (Name, Anschrift, Telefon, E-Mail) beschränkt.

2.5 Daten von Funktionsträgern und Beschäftigten

Die personenbezogenen Daten von Funktionsträgern (Vorstandsmitglieder und Verantwortliche für einzelne verbandliche Aufgaben) werden mit Kontaktdaten, jeweiliger Verbands-ebene für die Funktion und Zeiträumen für die jeweilige Tätigkeit gespeichert.

Die personenbezogenen Daten von Beschäftigten werden im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen gespeichert. Für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen sind die jeweiligen Arbeitgeber verantwortlich. Darüber hinaus werden Kontaktdaten in der Mitgliederverwaltungssoftware gespeichert.

3. Zwecke der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlagen

Die rechtliche Grundlage für die Verarbeitung der Daten ist die Satzung der KAB Deutschlands e.V. gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO. Die KAB verarbeitet die vorgenannten Daten und Kategorien von personenbezogenen Daten zur Erfüllung des Mitgliedschafts-Vertrages (z.B. Mitgliederverwaltung, Beitragserhebung, Information und Kommunikation, verbandliche Aktivitäten und Projekte, Kampagnen, Spende, Bildungsveranstaltungen) oder zur Erfüllung ihres Satzungszweckes (z.B. politische Interessenvertretung, Kampagnen, Aktionen, Projekte, Veranstaltungen). Die Verarbeitung der Daten ist notwendig (Artikel 6 Abs. 1 lit. b), da ohne diese der Mitgliedschafts-Vertrag nicht erfüllt werden kann.

Im Rahmen einer Geschäftsbeziehung (z.B. Mitgliedschaften, Spendenabwicklung, sonstige Verträge) müssen diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind. Ohne diese Daten wird in der Regel der Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages abgelehnt oder ein bestehender Vertrag nicht mehr durchgeführt, bzw. beendet werden müssen.

Ebenfalls im Rahmen der Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO zur Wahrung berechtigter Interessen der KAB verarbeitet die KAB die Daten z.B. auf der Basis der Mitgliedschaft, Kampagnen, Spende, Bildungsveranstaltungen oder von Anfragen für bedarfsgerechte, an den Interessen der Mitglieder orientierte Informationen im Rahmen der satzungsgemäßen Zwecke der KAB (Eigenwerbung) nach folgenden Maßgaben:

Postalische Werbung, sofern dieser Verarbeitung nicht widersprochen wurde. Dieser Nutzung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widersprochen werden unter den unter 8. angegebenen Kontaktdaten.

Sofern eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt worden ist, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis der Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft unter den unter 8. angegebenen Kontaktdaten widerrufen werden.

Im Rahmen eines Rechtsfalles werden besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 DS-GVO erhoben. Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung entspricht Art. 9 Nr. 2 lit. a, b, d und f DS-GVO. Ihr wird im Antragsverfahren zur Rechtsberatung ausdrücklich zugestimmt.

4. Nutzung der personenbezogenen der Daten

Vorstände der KAB-Gliederungen sowie die Rechtsträger, Einrichtungen und Unternehmen der KAB (z.B. Stiftung ZASS der KAB, Weltnotwerk, Ketteler-Verlag, Bildungswerke der KAB; siehe Bundessatzung §2 Abs. 3) und von ihnen beauftragte Personen, die besonders auf den Datenschutz verpflichtet sind, erhalten Zugriff auf die Daten, um die jeweiligen - durch die Satzung der KAB Deutschlands e.V. festgelegten - Zwecke erfüllen zu können. Der Datenzugriff erfolgt über die Software eVEWA der Firma Grün AG, den Austausch notwendiger Daten zwischen einzelnen Gliederungen des Verbandes oder im Rahmen der selbst erstellten Datenbanken.

Vereinsmitglieder erhalten keinen Zugriff auf die Mitgliederdaten.

Innerhalb der KAB erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf die personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von der KAB eingesetzte Dienstleister können zu diesen Zwecken Daten erhalten, wenn diese als Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DS-GVO beauftragt werden.

Mögliche Empfänger personenbezogener Daten sind hiernach z.B.:

- Im Rahmen der satzungsgemäßen, mehrfach abgestuften Mitgliedschaft in der KAB die zuständigen KAB-Gliederungen
- Rechtlich selbstständige Einrichtungen der KAB, welche der Erfüllung des Satzungszwecks dienen wie z.B. Stiftung ZASS der KAB, Weltnotwerk, Ketteler-Verlag, Bildungswerke der KAB.
- Öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Finanzbehörden, Bundeszentralamt für Steuern) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung
- Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute für Beitragsabwicklung oder sonstige Zahlungsvorgänge)
- Auftragsverarbeiter für einzelne Datenverarbeitungsvorgänge, z.B. für die Mitgliederdatenhaltung, Mitglieder- und Spendenwerbung, für die Unterstützung/Wartung von EDV-/IT-Anwendungen, die Archivierung der Belegbearbeitung, das Controlling, den Druck und Versand von personalisierten Schreiben, den E-Mail-Versand, die Datenvernichtung, von Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen und den Zahlungsverkehr.

- Weitere Datenempfänger auf der Grundlage einer erteilten Einwilligung.

Personenbezogene Daten aus dem Bereich Rechtsschutz dürfen ausschließlich nur den mit Rechtsschutz beauftragten Personen zugänglich sein. Hierfür sind besondere technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen.

Ein Daten-Transfer an Empfänger in Drittländern (also außerhalb der EU) (Art. 44 DS-GVO) findet nicht statt.

5. Verarbeitung von personenbezogenen Daten in Gliederungen

5.1 Grundsätze der Arbeit mit personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten sind so zu verarbeiten, dass sie Unbefugten nicht zugänglich sind. Schriftliche Unterlagen sind sicher zu verschließen. Werden Mitgliedsdaten elektronisch verwaltet, so sind diese passwortgeschützt bzw. verschlüsselt abzulegen.

Die Verantwortlichen sind nach Artikel 30 Abs. 1 DS-GVO verpflichtet, ein Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten zu führen. In diesem werden die Verantwortlichen und die verschiedenen Verarbeitungen (Mitgliederverwaltung, Beitragsverwaltung, ...) dokumentiert. Ein Muster hierzu befindet sich im Anhang und steht auf unserer Homepage zur Verfügung.

5.2 Diözesanverbände

Die KAB Diözesanverbände stellen sicher, dass die Bestimmungen dieser Datenschutzordnung in ihrem Verantwortungsbereich eingehalten werden. Sie führen ein eigenes Verarbeitungsverzeichnis und haben, falls erforderlich, einen eigenen Datenschutzbeauftragten.

5.3 Basisgruppen

Die KAB Basisgruppen stellen sicher, dass die Bestimmungen dieser Datenschutzordnung in ihrem Verantwortungsbereich eingehalten werden. Sie garantieren, dass nicht mehr als neun Personen personenbezogene Daten verarbeiten. Die einfache Nutzung von Datenausgängen (z.B. Adressenlisten zur Verteilung von Publikationen, Listen zur Kommunikation unter Projektbeteiligten oder für Personen mit besonderen Aufgaben u.ä.) ist nicht als Verarbeitung anzusehen.

Basisgruppen führen ein eigenes Verarbeitungsverzeichnis.

6. Dauer der Datenspeicherung

Die KAB verarbeitet und speichert die personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten sowie auf Basis der Interessenabwägung unter Berücksichtigung der jeweiligen Datenkategorie erforderlich ist. Sind die Daten hierfür nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, ihre – befristete – Weiterverarbeitung ist, z.B. in einem gesonderten Archiv mit eingeschränkten Zugangsberechtigungen, zu folgenden Zwecken erforderlich:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen (z.B. Handelsgesetzbuch, Abgabenordnung, Kreditwesengesetz und Geldwäschegesetz mit den dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation für die Dauer von zwei bis zehn Jahren);
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften (z.B. Bürgerliches Gesetzbuch mit einer Verjährungsfrist von bis zu 30 Jahren und einer regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren).
- Statistische Zwecke im Rahmen der Verbandsgeschichte:
 - Name
 - Geschlecht
 - Geburtsdatum
 - Eintritts- und Austrittsdatum
 - Gliederungszuordnungen (Diözesanverband, Basisgruppe)
 - Funktionen im Verband mit Beginn und Ende

7. Weitere Datenschutzrechte

Die folgenden Rechte in Bezug auf die eigenen personenbezogenen Daten werden auf schriftlichen Antrag von der verantwortlichen Stelle für die Verarbeitung der Daten erfüllt:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung von unrichtigen Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung im Rahmen der unter 6. genannten Grundsätze (Art. 17 DS-GVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung, insbesondere zur Nutzung für Werbezwecke

8. Verantwortliche Stelle und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist:

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.

Bernhard-Letterhaus-Str. 26

50670 Köln

Tel.: 0221/7722-0

Fax: 0221/7722-116

E-Mail: info@kab.de

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten werden auf der Homepage der KAB Deutschlands (www.kab.de) veröffentlicht oder können unter der oben genannten Adresse angefordert werden.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

E-Mail: info@kab.de

Web: www.kab.de

Beschluss des Bundesausschusses der KAB Deutschlands am 10.11.2019